

COM-1/010

Brüssel, den 7. Oktober 1999

STELLUNGNAHME

des Ausschusses der Regionen

vom 16. September 1999

zu dem Thema

"Die Eigeninitiativen der Gemeinden und Regionen als regionalpolitische Aktionsmöglichkeiten im europäischen Wettbewerb"

Der Ausschuß der Regionen,

GESTÜTZT auf den Beschluß seines Präsidiums am 10. März 1999, gemäß Artikel 198 C Absatz 4 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft eine Stellungnahme zu der "**Die Eigeninitiativen der Gemeinden und Regionen als regionalpolitische Aktionsmöglichkeiten im europäischen Wettbewerb**" abzugeben und die Fachkommission 1 "Regionalpolitik, Strukturfonds, wirtschaftliche und soziale Kohäsion, grenzüberschreitende und interregionale Kooperation" mit der Erarbeitung dieser Stellungnahme zu beauftragen,

GESTÜTZT auf den von der Fachkommission 1 am 30. Juni 1999 angenommenen Stellungnahmeentwurf (CdR 108/99 rev. 2) (Berichterstatter: Herr MENACHER, Oberbürgermeister von Augsburg, Mitglied des Präsidiums des Deutschen Städtetages, D/EVP),

verabschiedete auf seiner 30. Plenartagung am 15/16. September 1999 (Sitzung vom 16. September) folgende Stellungnahme:

*

* *

1. Einleitung

1. Die Strukturpolitik der Europäischen Union hat es sich zum Ziel gesetzt, die wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten zwischen den Regionen abzubauen. Der "Sechste periodische Bericht über die sozioökonomische Lage und Entwicklung der Regionen der EU"¹ kommt zu dem Schluß, daß sich die in den vorausgegangenen periodischen Berichten und die in dem Kohäsionsbericht dargestellte Tendenz zunehmender Konvergenz bestätigt. In ihrer Gesamtheit sind die Strukturfonds- und Kohäsionsfondsinterventionen der vergangenen Förderzeiträume als Erfolg zu bewerten. Sie flankieren wirkungsvoll die nationalen und regionalen Politiken zugunsten der weniger leistungsfähigen Regionen.
2. Diese positive Entwicklung kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß es nach wie vor beträchtliche regionale Unterschiede gibt. Ein Indikator hierfür ist die immer noch hohe Arbeitslosigkeit in der Union. Sie betrifft - bei erheblichen geographischen Unterschieden - in besonderem Maße die schwächeren Regionen. Die Förderung von Rahmenbedingungen, die die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze ermöglichen, ist daher als die bedeutendste strukturpolitische Herausforderung auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene anzusehen.

2. **Veränderte wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen**

1. Die geplante Osterweiterung wird der Europäischen Union ein fundamental neues Profil geben. Mit ihr rückt die Vision eines Vereinten Europa in greifbare Nähe. Zugleich wird ihre Integration enorme Auswirkungen auf die Volkswirtschaften der jetzigen Union haben. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften werden hiervon maßgeblich betroffen sein, da sie sich einem wachsenden Wettbewerb der Regionen in einem zusammenwachsenden Europa ausgesetzt sehen. Dies betrifft nicht zuletzt den Modernisierungsdruck und dessen Auswirkungen auf das in den Regionen vorhandene Beschäftigungspotential.
2. Die Osterweiterung als logische Konsequenz des europäischen Einigungsprozesses findet im Windschatten der zunehmenden Globalisierung der Weltwirtschaft statt. Die neuen Kommunikationswege und die damit verbundene Möglichkeit, enorme Datenmengen in kürzester Zeit um die Welt zu schicken, werden zu einer nahezu vollständigen Vernetzung aller politischen, wirtschaftlichen und sozialen Akteure in der industrialisierten Welt führen. Die Auswirkungen auf die Regionen und Kommunen in der Union werden unmittelbar zu spüren sein. Als Motoren einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und aufgrund ihrer Bürgernähe sind sie daher durch die aufgezeigten Entwicklungen besonders gefordert.

3. **Strategien zur Stärkung der Regionen und Kommunen im europäischen Wettbewerb**

1. Die Programmplanung der Strukturfonds im Zeitraum 2000-2006 trägt der oben beschriebenen Entwicklung im wesentlichen Rechnung. In der Förderung eines nachhaltigen Wachstums in den Regionen und in der Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit sieht sie ein geeignetes Mittel, das Beschäftigungspotential in den Regionen zu aktivieren und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Als zukunftsfähig sind Arbeitsplätze dann einzustufen, wenn sie im Rahmen einer wirtschaftlichen Entwicklung entstehen, die dem Konzept der Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Der Schutz der Umwelt, die wirtschaftliche Effizienz und die soziale Solidarität gelten dabei als gemeinsame Schlüsselfaktoren einer nachhaltigen Entwicklung.
2. In Anbetracht der finanziellen Herausforderungen, die mit der Osterweiterung verbunden sind, wurde im Rahmen der Agenda 2000 beschlossen, die begrenzten

Mittel stärker zu konzentrieren und konsequent auf die Förderung der bedürftigsten Regionen zu verwenden. Implizit ist dieses Ziel auch mit einem Appell der Kommission an alle kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften nach mehr Eigenverantwortung verbunden, und zwar unabhängig davon, ob es sich hierbei um ausgewiesene Förderkulissen oder Nicht-Zielgebiete handelt. Unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsgedanken bedeutet dies auch, daß sich alle Handlungsakteure auf kommunaler und regionaler Ebene ihres Beitrages zu einer ausgewogenen Regionalentwicklung bewußt sein müssen.

3. Dieser Gedanke wurde von der Europäischen Kommission unter anderem auch unter Art. 10 EFRE ausdrücklich gefördert. Für Regionen und Kommunen stellen die innovativen Maßnahmen einen möglichen Weg zur Umsetzung neuartiger und beispielhafter entwicklungspolitischer Maßnahmen dar. Im Hinblick auf die damit verbundene und angestrebte Schaffung von Arbeitsplätzen sollte – neben den Gemeinschaftsinitiativen - das neu geschaffene Ziel 3 eine wichtige Rolle einnehmen. Das Ziel 3 ist als wirkungsvolles Instrument zu sehen, das es erlaubt, Innovationsstrategien in den Gemeinden und Regionen zu unterstützen und somit das Arbeitsplatzpotential vor Ort zu stärken. Die Gebietskörperschaften sind vollwertige Akteure bei der Beschäftigungsförderung, indem sie insbesondere zugunsten des Umfeldes der Unternehmen agieren. Die neue ESF-Verordnung sieht eine Maßnahme zur Förderung lokaler Beschäftigungsinitiativen vor. Folglich wäre es wünschenswert, das neue Ziel 3 zugleich auf die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten, die Förderung lokaler Beschäftigungsinitiativen und die territorialen Beschäftigungspakte auszurichten.
4. Im Rahmen der Strukturfonds und darüber hinaus werden schon heute Eigeninitiativen in den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in die Praxis umgesetzt. Eigeninitiativen werden hier als die zielgerichtete Vernetzung von Know-how aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Forschung und Entwicklung sowie Bildungsträgern verstanden. Ihnen gemeinsam ist das Ziel, eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zum Wohle der in der Region lebenden Menschen zu fördern und zur langfristigen Schaffung von Arbeitsplätzen beizutragen.
5. Die Strategien dieser Eigeninitiativen sollten sich trotz ihrer unterschiedlichen Ausrichtung an den Zielvorgaben orientieren, die auch von der Europäischen Kommission in ihren Leitlinien für die Programme des Zeitraums 2000 – 2006 aufgezeigt wurden²:
 - a. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft im Hinblick auf die Schaffung neuer, dauerhafter Arbeitsplätze
 - b. Anhebung der Beschäftigung und Sicherung des sozialen Zusammenhalts
 - c. Entwicklung der städtischen und ländlichen Gebiete in einem ausgewogenen europäischen Raum.
6. Die Umsetzung solcher Eigeninitiativen in den Kommunen und Regionen sollte im Idealfall Hand in Hand mit der Bildung von sogenannten “Kompetenzzentren” gehen. “Kompetenzzentrum” beschreibt die Konzentration von Wissen, qualifizierter Bildung, technischer und administrativer Infrastruktur auf einem hohen Niveau in einem zukunftsfähigen, den Anforderungen der Nachhaltigkeit genügenden Wirtschaftszweig. Die hohe Konzentration von Schlüsselkompetenzen in einem bestimmten Sektor und in einer bestimmten Region machen “Kompetenzzentren” räumlich eingrenzbar.

7. Der Erfolg von Eigeninitiativen und der damit verbundenen Bildung von “Kompetenzzentren” basiert maßgeblich auf der breit angelegten Vernetzung möglichst aller Entscheidungsträger auf lokaler und regionaler Ebene. Der Aufbau eines Netzwerkes kann nicht nur zu Synergieeffekten führen, sondern gewährleistet auch die Effizienz und Akzeptanz bei der Umsetzung von regionalen Entwicklungsstrategien.

4. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch regionalpolitische Aktionsmöglichkeiten

1. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit stellt das Hauptziel von kommunalen und regionalen Eigeninitiativen dar. In Anlehnung an die OECD sei Wettbewerbsfähigkeit die “Fähigkeit von Unternehmen, Wirtschaftszweigen, Regionen, Staaten und supranationalen Regionen, ein relativ hohes Einkommen zu schaffen und einen hohen Beschäftigungsstand zu erreichen, während sie dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind.”
2. Wettbewerbsfähigkeit als meßbare Größe, insbesondere zur Feststellung einer relativen Wettbewerbsfähigkeit im interregionalen Vergleich, ist bislang nur unzureichend empirisch darstellbar. Die Europäische Kommission weist in ihrem Sechsten periodischen Bericht zur sozioökonomischen Lage zu Recht darauf hin, daß entsprechende Untersuchungen nur eine eingeschränkte Aussagekraft haben. Gleichwohl stellen sie einen ersten Ansatz dar, um Wirkungszusammenhänge aufzuzeigen und somit Hilfestellung bei der Bewertung von potentieller Wettbewerbsfähigkeit zu leisten³.
3. Die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, der Forschungs- und Bildungseinrichtungen und der öffentlichen Verwaltung gilt als Kernbestandteil für die wirtschaftliche Prosperität von Regionen und der Schaffung bzw. Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus. In Erklärungsmodellen, die die vielfältigen Faktoren von Wettbewerbsfähigkeit zu beschreiben versuchen, nimmt bei der Herausbildung von “Kompetenzzentren” der Bereich Forschung und technologische Entwicklung (FTE) eine besonders wichtige Stellung ein. Erfolgreiche Aktivitäten im Bereich Forschung und technologische Entwicklung sind allerdings nicht isoliert zu sehen. Sie müssen sich in ein Bündel von Maßnahmen einfügen, die geeignet sind, die Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur sowie das Qualifikationsniveau der Erwerbsbevölkerung zu verbessern und somit die Wettbewerbsfähigkeit in den Kommunen und Regionen dauerhaft zu stärken.
4. In den wettbewerbsfähigsten Regionen ist die Unternehmens- und Produktionsstruktur durch ein hohes Niveau an FTE-Aktivitäten geprägt. Der Europäischen Kommission folgend kann festgestellt werden, daß in der Regel diejenigen Regionen Erfolg haben, die ein strategisches Innovationskonzept, das die Grundlage von Eigeninitiativen darstellt, verfolgen. Dies schließt die Unterstützung von Unternehmen ein, damit diese ihre eigenen Mittel und Erfahrungen mit denen von staatlichen Agenturen, Forschungseinrichtungen, Hochschul- und Fortbildungseinrichtungen, Wirtschaftsförderungsgesellschaften und anderen Unternehmen kombinieren können. Dieses Vorgehen ermöglicht die effizientere Handhabung neuer Technologien und schafft ein Umfeld, das FTE-Aktivitäten sowie Produkt- und Verfahrensinnovationen fördert. Ziel ist es, in den Regionen eine “kritische Masse” an FTE-Potential aufzubauen.
5. Im Rahmen von kommunalen und regionalen Eigeninitiativen kommt den politischen Entscheidungsträgern eine Schlüsselrolle zu. Sie sind für die Vorgabe klarer politischer Prioritäten in den für die Entwicklung eines effizienten FTE-Umfeldes maßgeblichen Parametern verantwortlich:

- a. Innovationsförderung (neue Finanzierungsformen, neue Partnerschaftsmodelle, Einrichtung von Technologietransferstellen und Gründerzentren u.v.m.)
 - b. Aufbau von Netzwerken
 - c. Stärkung des Know-hows der Arbeitskräfte
 - d. Übernahme der "Leadershipfunktion" (zum Teil im Verbund mit anderen Entscheidungsträgern)
6. Die Aufgabe der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ist es folglich, eine "Innovationskultur" und eine "Kompetenzkultur" auf den Weg zu bringen und deren Träger auf breiter Ebene miteinander zu vernetzen. Kommunale und regionale Eigeninitiativen im FTE-Bereich sind dabei eine Möglichkeit, Innovationspotentiale zu identifizieren und mit dem Ziel der Schaffung neuer Arbeitsplätze weiterzuentwickeln.

5. Kompetenzzentren in Europa

- 1. In verschiedenen Regionen Europas wurden in den letzten Jahren in- und außerhalb der förderfähigen Zielgebiete Eigeninitiativen auf den Weg gebracht. Dies führt in den Regionen zu einer "Clusterbildung" in bestimmten Branchen, so daß von der Herausbildung von "Kompetenzzentren" gesprochen werden kann. Obwohl solche Cluster branchenbezogen sind, können sie sich dennoch zu treibenden Kräften für das gesamte wirtschaftliche Umfeld entwickeln.
- 2. Ziel dieser Stellungnahme ist es, einen breiten Erfahrungs- und Meinungs austausch über die unterschiedlichen Ansätze in Gang zu setzen. Zugleich sollte aufgezeigt werden, in welcher Form die vorgestellten Konzepte als Modell für andere Regionen und Kommunen dienen können, um deren Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungspotential zu stärken.
- 3. Am 8. Juni 1999 eröffnete die Fachkommission 1 des AdR in Augsburg ihre Seminarreihe zu der Thematik "Die Durchführung der Strukturfonds 2000 - 2006 - Der Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften". Auf Grundlage der in der Stellungnahme erörterten Überlegungen wurden im Rahmen dieses ersten Seminars unterschiedliche Ansätze von kommunalen und regionalen Eigeninitiativen vorgestellt und diskutiert. Die Schlußfolgerungen des Seminars, die im Anhang beigefügt sind, geben einen Überblick über die dort präsentierten, modellhaften Initiativen aus den verschiedenen Regionen und Kommunen Europas.

6. Schlußfolgerungen

- 1. Der AdR ist der Überzeugung, daß der Förderung des endogenen Potentials der Regionen zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit ein hoher Stellenwert eingeräumt werden muß. Ein solches Vorgehen ist die Grundvoraussetzung dafür, daß die in den beschäftigungspolitischen Leitlinien für 1999 festgelegten Ziele⁴ erreicht werden können und in den Regionen und Kommunen dauerhaft neue Arbeitsplätze entstehen können.
- 2. Der AdR anerkennt den hohen Beitrag, den die europäischen Strukturfonds- und Kohäsionfondsinterventionen zur Erreichung dieses Zieles bisher geleistet haben. In vielen Regionen und Kommunen wurden mit Unterstützung der EU erfolgreiche Entwicklungsstrategien initiiert, die langfristig zu einem sich selbst tragenden Wachstum in den Regionen und zu einem Anstieg des Beschäftigungsniveaus führen sollten.

3. Der AdR stellt fest, daß der Erfolg europäischer Strukturpolitik nicht zuletzt auch auf die Anstrengungen in den Regionen und Kommunen selbst zurückzuführen ist. Die Möglichkeit zu eigenständigem Handeln gewährleistet im Zusammenspiel mit der europäischen Strukturförderung und mit den Kohäsionsfondsinterventionen, daß die regionalpolitischen Ziele in allen Regionen und Kommunen wirkungsvoll und effizient erreicht werden können.
4. Der AdR fordert die Europäische Kommission auf dafür Sorge zu tragen, daß die Kommunen und Regionen auch in Zukunft im Rahmen einer gelebten Subsidiarität die Möglichkeit haben, Eigeninitiativen als regionalpolitische Aktionsmöglichkeiten vor Ort wirkungsvoll umzusetzen. Dabei ist es erforderlich, die europäischen Wettbewerbsregelungen so flexibel auszugestalten, daß es allen Regionen möglich ist, eine wirksame regionale Strukturpolitik zu betreiben und Eigeninitiativen zu fördern. Es besteht aber auch die Notwendigkeit, neben der Bereitschaft und Fähigkeit zur Innovation das Vorhandensein funktionierender Infrastrukturen in allen Regionen sicherzustellen, um die Gebietskörperschaften in die Lage zu versetzen, vor Ort eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu unterstützen.
5. Der AdR wendet sich an die Kommission mit der Bitte detaillierte und wissenschaftlich fundierte Studien zu erstellen oder, soweit diese bereits vorliegen, unter Berücksichtigung der in dieser Stellungnahme erörterten Thematik zusammenzuführen. Aufgrund der sich verändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erscheint es sinnvoll, die Ergebnisse solcher Untersuchungen gerade im Hinblick auf die Vorstellung bewährter Praktiken allen Regionen und Kommunen zur Verfügung zu stellen und deren Verbreitung zu fördern.
6. Der AdR regt ferner an, den Austausch zwischen den Regionen und Kommunen aktiv zu fördern. Der weitere Ausbau und Aufbau von Netzwerken auf europäischer Ebene stellt dabei das vorrangige Ziel dar. Je stärker die Netze und der Erfahrungsaustausch ausgebaut werden, um so vielfältiger können die Eigeninitiativen der Gebietskörperschaften ausfallen, und diese werden auch in die Lage versetzt, die Komplementarität der Initiativen innerhalb der Europäischen Union zu verbessern. Ein wichtiges Instrument zur Umsetzung und Begleitung eines solchen Erfahrungsaustausches sollte die erweiterte und neu strukturierte Gemeinschaftsinitiative INTERREG darstellen. Als hilfreich und sinnvoll könnte sich zudem auch die Einrichtung eines entsprechenden Forums im Internet erweisen.

Brüssel, den 16. September 1999

Der Präsident

des Ausschusses der Regionen

Manfred DAMMEYER

Der Generalsekretär

m.d.W.d.G.b.

des Ausschusses der Regionen

Vincenzo FALCONE

*

* *

NB: Der Anhang zu diesem Dokument mit zusätzlichen Informationen folgt auf den nächsten Seiten.

ANHANG

Schlußfolgerungen des Seminars der Fachkommission 1 „Die Eigeninitiativen der Gemeinden und Regionen als regionalpolitische Aktionsmöglichkeiten im europäischen Wettbewerb“ am 8. Juni 1999 in Augsburg.

1. Der Seminarzyklus der Fachkommission 1 zum Thema „Die Durchführung der Strukturfonds - 2000-2006 - Der Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften“ wurde am 8. Juni 1999 in Augsburg eröffnet. Ziel dieses Seminars war es, Eigeninitiativen aus verschiedenen Städten und Regionen der Europäischen Union zu präsentieren und zu diskutieren.

1.1 Die Analyse der Gründe, die Einfluß auf die Wettbewerbsfähigkeit von Kommunen und Regionen haben, ergab ein differenziertes Bild. Allerdings stehen die diskutierten Faktoren stellvertretend für die Situation in der Mehrheit der europäischen Regionen und Gemeinden.

1.1.1 Die Infrastruktur im weitesten Sinne ist als die Grundvoraussetzung für jegliche Art nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung zu betrachten. In Zukunft ist davon auszugehen, daß den infrastrukturellen Voraussetzungen im interregionalen Standortwettbewerb eine geringere Bedeutung zukommen wird, wenn sich der Entwicklungsstand auf einem hohen Niveau in diesem Bereich weitgehend angeglichen haben wird. Dieser Prozeß dauert nach wie vor an.

1.1.2 Für den Erfolg von Regionen im europäischen Wettbewerb gewinnen in zunehmendem Maße andere Faktoren an Bedeutung. An erster Stelle ist hier die Innovationskraft zu nennen, die sich zum Beispiel in der Zahl der Patentanmeldungen, neuer Existenzgründungen etc. in den Regionen niederschlägt. Es gilt, in den Kommunen und Regionen Strukturen zu schaffen, die geeignet sind, das Innovationspotential zu nutzen und weiter auszubauen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, der Ausbildung und der beruflichen Qualifizierung.

1.1.3 Die Vernetzung und Einbindung aller relevanten Entscheidungsträger auf lokaler und regionaler Ebene sowie neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den gesellschaftlichen Gruppen sind als Schlüssel zum Erfolg im europäischen Wettbewerb zu betrachten. Dabei sollte versucht werden, hierarchische Beziehungen zwischen den Entscheidungsebenen (lokal, regional, national und europäisch) zu lockern. Ziel sollte es sein darauf hinzuarbeiten, daß sich diese Ebenen wirkungsvoll ergänzen.

1.2 Die im Rahmen des Seminars vorgestellten Eigeninitiativen liefern Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Positionierung im europäischen Wettbewerb.

1.2.1 An dem Beispiel der Stadt und Region Eindhoven/Niederlande wurde deutlich, wie die europäische Strukturpolitik mit regionalen Eigeninitiativen in vorbildlicher Weise verknüpft werden kann. Durch den effizienten Einsatz europäischer Strukturfördermittel („STIMULUS-Programm&

quot;, im Rahmen von Ziel 2 gefördert) ist es in Kombination mit nationaler und regionaler Kofinanzierung gelungen, im Bereich der Mechatronik eine „kritische Masse“ an Unternehmen und Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen aufzubauen. Der damit einhergehende Diversifizierungsprozeß der Unternehmensstruktur in der Region hat bewirkt, daß die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren stark abgenommen hat. Mit Interesse wird zu verfolgen sein, welche Auswirkungen das bis 2006 abzuschließende „Phasing-Out“ auf den dynamischen Entwicklungsprozeß haben wird.

1.2.2 Für die Kommunen und Regionen sollte die Stärkung des endogenen Potentials ein Leitgedanke bei der Umsetzung neuer Entwicklungsstrategien sein. Dies bedeutet, daß die Regionen eine Stärken-Schwäche-Analyse erstellen und die Stärken bewußt weiter ausbauen. Hierbei gilt es insbesondere, die im Bewußtsein der Bevölkerung verankerte Identität einer Region zu berücksichtigen.

1.2.2.1 Als Musterbeispiel im Bereich Tourismus wurde die Region Rovaniemi in Lappland/Finnland und ihr „Christmas Triangle“-Projekt vorgestellt. Dort ist es gelungen, schwierige klimatische und natürliche Verhältnisse in ein Tourismuskonzept einzubetten, das erfolgreich ganzjährig das Thema „Weihnachten“ vermarktet.

1.2.2.2 In der Region Kalmar/Schweden wurde es mit der Spezialisierung auf die Musik- und Eventindustrie in Verbindung mit dem Einsatz neuer Medien erreicht, der strukturell schwachen Region ein neues Profil zu geben. Mit Unterstützung der schwedischen Regierung sollen die seit Anfang der 80er Jahre entwickelten Aktivitäten kontinuierlich zu einem High-Tech-Zentrum der Musikproduktion und der Eventorganisation („Rock’n Roll City“) ausgebaut werden. Daneben steht der Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur in der Forschung und in der beruflichen Qualifizierung in diesem Sektor im Vordergrund.

1.2.3 Der Erfolg von Eigeninitiativen basiert nicht zuletzt auf der Möglichkeit, regionale Entwicklungsmaßnahmen wirkungsvoll vor Ort initiieren und umsetzen zu können. Dies setzt eine weitgehende Dezentralisierung regionalpolitischer Handlungs- und Entscheidungskompetenzen voraus.

1.2.3.1 Auf diesem Ansatz basiert das Kompetenzzentrum Umwelt Augsburg-Schwaben. Durch die gezielte Ansiedlung und Verlagerung von Forschungs- und Verwaltungseinrichtungen im Umweltbereich ist es der Region Augsburg-Schwaben gelungen, ihre vorhandenen Stärken in der Umwelttechnik so auszubauen, daß sie mittlerweile auf ein breites Netzwerk an umwelttechnologischer Kompetenz zurückgreifen kann. Durch die Gründung einer Geschäftsstelle sind die Partner aus Politik, Wirtschaft, Forschung, Wissenschaft und Bildung organisatorisch eng miteinander verknüpft. Diese Struktur gewährleistet auch die breite Akzeptanz und Transparenz dieses Konzeptes in der freien Wirtschaft. Dies schlägt sich zum Beispiel in der erfolgreichen Ansiedlung eines umwelttechnologischen Gründerzentrums nieder.

1.2.3.2 Im Mittelpunkt des Konzeptes des „Parque Tecnologico Industriale Romano“ in Rom/Italien steht die Integration eines technologischen Umweltparks. Dessen Hauptaufgabe wird es sein, das Thema „Nachhaltige Stadtentwicklung“ im Bewußtsein aller gesellschaftlichen Akteure zu verankern und damit mittel- bis langfristig der Stadt und der Region eine gemeinsame, neue Identität zu geben. Die Neudefinition von herkömmlichen Stadt-Umland-Beziehungen in großstädtischen Ballungsgebieten ist dabei eine der wichtigsten Herausforderungen, die es auf regionaler Ebene zu bewältigen gilt.

1.3 Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß der Erfolg von kommunalen und regionalen Eigeninitiativen durch folgende Merkmale geprägt ist:

- a. die breit angelegte Vernetzung der beteiligten Handlungs- und Entscheidungsträger und die

- Ausschöpfung des damit einhergehenden Potentials an Synergieeffekten
- b. der gemeinsame Wille, sich in einem Sektor zu profilieren und entsprechende Aktivitäten offensiv zu vermarkten
 - c. die Fähigkeit, das vorhandene Potential in der Region zu erkennen und daran anzuknüpfen
 - d. und schließlich die Bereitschaft, neuen Ideen ein offenes Forum zu bieten und somit Chancen konsequent zu nutzen.

¹ Europäische Kommission, Regionalpolitik und Kohäsion, "Sechster periodischer Bericht über die sozioökonomische Lage und Entwicklung der Regionen der EU", 1999.

² Europäische Kommission, Die Strukturfonds und ihre Koordinierung mit dem Kohäsionsfonds, Entwurf von Leitlinien für die Programme 2000 – 2006 (SEK(1999) 103 endg.).

³ Ansätze zu der Thematik liefert auch die jüngste Studie von EURICUR: European Institute For Comparative Urban Research, Growth Clusters in European Metropolitan Cities: A New Policy Perspective, Erasmus University Rotterdam 1999.

⁴ Entschließung des Rates vom 22. Februar 1999 zu den beschäftigungspolitischen Leitlinien für 1999, ABl. C 69 vom 13.3.1999, S. 2.

--

--

CdR 108/99 rev. 1 Anhang (DE) ue .../...

CdR 108/99 fin (DE) js

CdR 108/99 fin (DE) js .../...

CdR 108/99 fin (DE) js .../...

CdR 108/99 fin (DE) js

CdR 108/99 fin (DE) js